



Eidgenössische Abstimmung vom 25. November 2018

Der Bündner Gewerbeverband (BGV) fasst die Parole zur «Selbstbestimmungsinitiative»

Medienmitteilung

BGV sagt Nein

Der Kantonalvorstand des Bündner Gewerbeverbandes hat nach einer kontradiktorisch geführten Diskussion mit deutlichem Mehr die Nein-Parole zur Selbstbestimmungsinitiative beschlossen. Der Inhalt der Initiative kann nicht überzeugen.

Die Diskussion zeigte, dass die Initiative der ganzen Schweiz aber auch dem Kanton Graubünden schadet. Unser Wohlstand hängt davon ab, dass unsere Unternehmen jetzt und in Zukunft Zugang zu möglichst vielen Ländern auf der ganzen Welt haben und nicht isoliert sind. Bei einer Annahme der Initiative kann dieser Zugang nicht mehr garantiert werden. Die Initiative schafft Unsicherheit, was Gift für den Wirtschaftsstandort ist, denn Stabilität und Rechtssicherheit gehören zu den wichtigsten Standortvorteilen, um die uns viele andere Länder beneiden.

Die Initiative zerstört auch einen wichtigen Eckpfeiler unseres Erfolgsmodells – nämlich den guten Ruf der Schweiz als verlässliche Vertragspartnerin – und sie bewirtschaftet ein Problem, das es gar nicht gibt. Schon heute schliesst die Schweiz nicht offensichtlich verfassungswidrige Verträge ab. Die deutliche Mehrheit des Kantonalvorstandes will auch nicht das Risiko eingehen, die Bilateralen Verträge aufgrund der sogenannten Guillotine-Klausel auf's Spiel zu setzen. Dies wäre bei einer Annahme der Initiative der Fall.

Der Kantonalvorstand des Bündner Gewerbeverbandes lehnt aus diesen Gründen die Selbstbestimmungsinitiative mit einem klaren NEIN ab.

Chur, 8. Oktober 2018

Auskunftsperson:

Jürg Michel, Direktor Bündner Gewerbeverband 081 257 03 23